

Bankenbrief - Ausgabe 2021-109

Das Thema

EZB erhöht Wachstums- und Inflationsprognosen

Europas Währungshüter rechnen für dieses und das kommende Jahr mit höheren Teuerungsraten als bislang erwartet. Dennoch halten sie vorerst unverändert Kurs. Sowohl das milliarden schwere Notkaufprogramm zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie als auch die Zinsen im Euroraum bleiben unverändert. Das entschied der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) heute in Frankfurt. Die EZB hat in der Corona-Pandemie ein besonders flexibles Notkaufprogramm für Staatsanleihen und Wertpapiere von Unternehmen (Pandemic Emergency Purchase Programme/PEPP) aufgelegt. Das Programm mit einem Volumen von inzwischen 1,85 Billionen Euro läuft bis mindestens Ende März 2022. Die Währungshüter wollen das im zweiten Quartal erhöhte Tempo der Wertpapierkäufe vorerst beibehalten, um die Kapitalmarktzinsen niedrig zu halten. Die Inflation im Euroraum zieht seit einigen Monaten an. Angeheizt vor allem von steigenden Energiepreisen kletterte die jährliche Teuerungsrate im Mai auf 2 Prozent. Sie lag damit leicht über dem Ziel der Notenbank. Europas Währungshüter betrachten den Teuerungsschub jedoch als vorübergehend. Er sei unter anderem eine Folge des Preiseinbruchs in der ersten Corona-Welle vor gut einem Jahr. Die derzeitigen Engpässe im Welthandel, die viele Rohstoffe und Vorprodukte verteuern, erachtet die EZB ebenfalls als temporär. EZB-Chefin Christine Lagarde hob daher die Inflationserwartungen für 2021 und 2022 an – für dieses Jahr von 1,5 auf 1,9 Prozent, für 2022 von 1,2 Prozent auf 1,5 Prozent. Nur die Prognose für 2023 blieb unverändert. Für die Eurozone erwartet Lagarde in diesem Jahr ein Wachstum von 4,6 Prozent. Nach 4,7 Prozent 2022 soll sich 2023 das Wachstum auf 2,1 Prozent abschwächen.

[handelsblatt.com] [Newsblog](#)

[manager-magazin.de]

[bloomberg.com]

[welt.de]

[youtube.com] [Video Lagarde-PK](#)

Meldungen

Notenbanken kooperieren bei CBDC

Die Zentralbanken von Frankreich und der Schweiz wollen Zahlungen mittels Digitalwährungen über die gemeinsame Grenze hinweg testen. Das gaben die Banque de France und die Schweizerische Nationalbank (SNB) heute bekannt. Das Pilotprojekt namens Jura soll Kreditgeschäfte zwischen Geldhäusern durch digitales Zentralbankgeld (Central Bank Digital Currency, CBDC) abwickeln. An dem Test sind auch die Großbanken UBS und Credit Suisse, Natixis aus Frankreich, die Beratungsfirma Accenture, die zur Schweizer Börse gehörende SIX Digital Exchange, das Fintech-Unternehmen R3 und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) beteiligt.

[cash.ch]

Basler Ausschuss für Klassifizierung von Cyber-Geld

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht will für einige Krypto-Währungen schärfere Auflagen fordern. Das gab das Gremium heute bekannt. Demnach sollten Digitalwährungen in unterschiedliche Klassen aufgeteilt werden. Eine erste soll Cyber-Währungen umfassen, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen und daher ähnlich wie bereits existierende Anlageformen behandelt werden. Eine zweite Klasse, die die Voraussetzungen nicht erfüllt und zu der auch Bitcoin zählt, soll strenger als klassische Anlagen behandelt werden. Eine Folge wäre, dass Banken Bitcoin mit einem Risikogewicht von 1.250 Prozent bewerten müssten.

[handelsblatt.com]

AGB-Urteil: Deutsche Bank erwartet hohe Belastungen

Die Deutsche Bank rechnet nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) zu Entgelterhöhungen bereits in diesem Jahr mit Belastungen in dreistelliger Millionenhöhe. Die Bank werde wegen der Entscheidung gegen die konzern-eigene Postbank im zweiten Quartal voraussichtlich 100 Millionen Euro zurückstellen, sagte Finanzvorstand James von Moltke heute bei einer Konferenz. Zudem dürften die Erträge des Konzerns infolge des Urteils im

Bankenbrief

zweiten und dritten Quartal jeweils um etwa 100 Millionen Euro niedriger ausfallen. Der BGH hatte jüngst entschieden, dass Banken bei Änderungen von Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) die Zustimmung ihrer Kunden einholen müssen. Die vorausgesetzte stillschweigende Zustimmung benachteiligte Kunden unangemessen.

[finanzbusiness.de]

[bloomberg.com]

Genossen investieren 500 Millionen Euro in Digitalisierung

Die genossenschaftliche FinanzGruppe will in den beiden kommenden Jahren massiv in neue Plattformen, neue digitale Services, Omnichannel- Finanzdienstleistungen sowie mehr Effizienz durch Standardisierung und Automatisierung investieren. Bis Mitte 2023 werden insgesamt rund eine halbe Milliarde Euro in die gemeinschaftliche Digitalisierungsoffensive fließen, sagte Martin Beyer, Vorstandsvorsitzender der Fiducia & GAD IT, in einem heute veröffentlichten Interview.

[it-finanzmagazin.de]

Firmeninsolvenzen im ersten Quartal deutlich gesunken

Corona-Ausnahmeregelungen haben auch in den ersten drei Monaten 2021 die Zahl der Firmenpleiten vergleichsweise niedrig gehalten. Die Amtsgerichte erfassten im ersten Quartal 3.762 Fälle und damit 19,7 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum, wie das Statistische Bundesamt heute mitteilte. Im Schnitt lagen die Forderungen der Gläubiger mit 17,1 Milliarden Euro deutlich über der Summe des Vorjahreszeitraumes von 7,3 Milliarden Euro. Die Zahl der eröffneten Regelinsolvenzverfahren, die Hinweise auf die künftige Entwicklung gibt, ist nach einem Anstieg wieder rückläufig. Im April 2021 sank sie um 17 Prozent gegenüber dem Vormonat März, im Mai um 7 Prozent.

[finanzen.net]

China I: Chefaufseher weist auf hohe Risiken hin

Chinas Banken- und Versicherungsaufsicht hat vor steigenden Forderungsausfällen und lokalen Immobilienblasen gewarnt. "Die Ausfallrate einiger großer und mittlerer Unternehmen ist gestiegen, und die Kreditrisiken bei Bankinstituten haben sich verschärft", sagte Aufsichtschef Guo Shuqing per Videobotschaft heute auf einem Finanzforum in Shanghai. Er verwies darauf, dass die Regierung einige der wegen der Corona-Pandemie eingeführten Hilfen für Unternehmen zurückfahren werde. Es gebe zudem einen wachsenden Trend zu lokalen Immobilienblasen. Die Lage bleibe hier ernst.

[handelsblatt.com]

China II: Nur gedämpfte Teuerungsrate erwartet

Die chinesische Zentralbank rechnet trotz steigender Preise für Rohstoffe und Vormaterialien nur mit einer relativ moderaten Inflation für 2021. Die Teuerungsrate dürfte im Jahresschnitt unter der Marke von 2 Prozent liegen, sagte Notenbank-Gouverneur Yi Gang heute. "Natürlich gibt es Unsicherheiten in Bezug auf die Pandemie-Situation in Übersee, die wirtschaftliche Erholung und die Konjunkturpolitik", sagte er bei einem Finanzforum in Shanghai. Aber darauf werde man achten.

[fuw.ch]

China III: Polizei zerschlägt Geldwäschebanden

China geht hart gegen Kriminelle vor, die illegal mit Krypto-Währungen handeln. Wie heute berichtet wurde, zerschlug die Polizei 170 Banden und nahm mehr als 1.100 mutmaßliche Kriminelle fest. Sie seien verdächtig, Cyber-Devisen zur Geldwäsche bei illegalen Geschäften verwendet zu haben, hieß es.

[finanzen.net]

Barrierefreiheit stärken



Rund 10 Prozent der Bevölkerung leben mit einer schweren Behinderung. Der Bundestag hat deshalb kürzlich das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz beschlossen. Es soll 2025 in Kraft treten. Es gibt zwar noch keine

Bankenbrief

genauen Vorgaben für Unternehmen; die Banken hierzulande bieten aber schon lange eine Vielzahl von barrierefreien Produkten und Dienstleistungen, um ihre Kunden zu unterstützen, wie der Bankenverband heute mitteilte. Was das außer entsprechend ausgestatteten Automaten ist, lesen Sie hier:

[bankenverband.de]

Die Köpfe

Main-Incubator-Chef Werner setzt auf Resilienz

Kai Werner steht seit Anfang dieses Monats gemeinsam mit Matthias Lais an der Spitze der Commerzbank-Tochter Main Incubator. In einem heute veröffentlichten Interview nannte Werner Resilienz als eine der großen Herausforderungen für die Finanzbranche. "Zuletzt hat die Pandemie uns gezeigt, wie wichtig Resilienz in jeglicher Hinsicht ist." Diese reiche von technisch stabilen Prozessen, damit das Arbeiten im Homeoffice funktioniert, "bis hin zu einem nachhaltigen Geschäftsmodell, dem selbst Krisen wie das Corona-Virus (...) nur wenig ausmachen".

[finanzbusiness.de]

Credit Suisse ernennt Rima zum Degen-Nachfolger

Die Schweizer Großbank Credit Suisse hat den Chefposten im Asset Management für die Schweiz, Europa, den Nahen Osten und Afrika (EMEA) neu besetzt. Auf den wegen des Greensill-Debakels geschassten Michel Degen folgt Filippo Rima, wie das Geldhaus heute bestätigte. Er werde zudem seine Rolle als Leiter des Aktiengeschäfts weiter ausüben.

[finews.ch]

UniCredit-Volkswirt Rees: Unternehmen sind widerstandsfähig

Andreas Rees, Chefvolkswirt Deutschland bei UniCredit, erwartet keine große Insolvenzwelle infolge der Corona-Pandemie. "Deutsche Unternehmen sind

Bankenbrief

widerstandsfähiger, weil sie vor der Krise ihre Eigenkapitalausstattung verbessert haben", schrieb er heute in einem Kommentar. Rees rechnet zwar mit mehr Firmeninsolvenzen, allerdings seien sie ein klassischer nachlaufender Indikator der Wirtschaftsaktivität.

[finanzen.net]

Bordier neuer VSPB-Präsident

Die Vereinigung Schweizerischer Privatbanken (VSPB) hat Grégoire Bordier zum neuen Präsidenten gewählt. Er ist unbeschränkt haftender Gesellschafter der gleichnamigen Privatbank. Dem VSPB gehören neben Bordier weitere acht Geldhäuser an: E. Gutzwiller, Rahn+Bodmer, Reichmuth, Lombard Odier, Mirabaud, Pictet sowie die Banken Gonet und Landolt.

[finews.ch]

Der Tweet des Tages

#Barrierefreiheit im **#Banking** ist längst kein Nischenthema mehr. Banken bieten eine Vielzahl von barrierefreien Produkten und Dienstleistungen an. Und unterstützen, dass künftig europäische Standards dafür gelten sollen. Zum Stand der Dinge unser Blog: go.bdb.de/jiRTI

[twitter.com]

Am Vortag meistgeklickt

Insider: EZB-Rat will über Strategiecheck beraten

Die 25 Mitglieder des Rats der Europäischen Zentralbank (EZB) wollen noch im Juni auf einem dreitägigen Treffen über den laufenden Strategiecheck der Notenbank beraten. Das wurde heute unter Berufung auf Insider berichtet. Es wäre die erste physische Zusammenkunft der Währungshüter seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie im vergangenen Jahr. Ziel sei es, erhebliche Fortschritte bei der laufenden Strategieüberprüfung zu erzielen. Es sei aber nicht sicher, ob das auch erreicht werde, hieß es von Seiten der Insider.

[n-tv.de]

Was morgen wichtig wird

In Carbis Bay, Cornwall, beginnt der dreitägige Gipfel der G7-Staaten. – Die Deutsche Bundesbank veröffentlicht ihre aktuelle Konjunkturprognose.

Der Nachschlag

Was das Gehalt beeinflusst

Frauen werden schlechter bezahlt als Männer – leider immer noch eine Tatsache. Der Unterschied beträgt zurzeit durchschnittlich rund 8 Prozent. Auch die Betriebsgröße macht einen Unterschied. Zwischen Klein- und Großbetrieben liegt immerhin eine Differenz von 15 Prozent, wie eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung zeigt. Und das wohlgemerkt immer bei gleicher Qualifikation und Stellenprofil. In welcher Form auch das Bundesland der Anstellung für die Höhe des Einkommens entscheidend ist, lesen Sie hier:

[capital.de]